

Antrag 129/I/2023

AG Migration und Vielfalt LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Akute Hilfe für Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien-Landesaufnahmeprogramm für Familienangehörige von Berliner:innen

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Ber-
2 liner Senats dazu auf ein Landesaufnahmeprogramm für
3 Familienangehörige von Berliner:innen aus den Erbeben-
4 gebieten in der Türkei und Syrien nach §23 (1) Aufen-
5 thG zu entwerfen. Die konkrete zu stellende Aufnah-
6 meanordnung soll sich dabei auf Verwandte bis zum 4.
7 Grad (z.B. Cousin, Cousine, Onkel, Tante) beziehen. Berli-
8 ner:innen die ihre vom Erdbeben betroffenen Verwand-
9 ten aufnehmen wollen, sollen dazu eine Verpflichtungs-
10 erklärung abgeben. Mehrere Familienangehörige, über ei-
11 nen Haushalt hinaus, sollen Verpflichtungserklärungen
12 abgeben können. Dabei ist darauf zu achten, dass die Ein-
13 kommenskriterien für eine Verpflichtungserklärung nicht
14 über dem durchschnittlichen Nettoeinkommen angesie-
15 delt sind. Das Land Berlin sorgt für angemessene psycho-
16 logische und sonstige Unterstützung sowie eine Basis Ge-
17 sundheitsversorgung der Betroffenen. Auf Arbeitsverbote
18 soll verzichtet werden. Das LEA sorgt für eine zügige Ter-
19 minvergabe und Bearbeitung wird dazu mit den nötigen
20 Ressourcen ausgestattet.

21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Ber-
liner Senats dazu auf, sich für eine schnelle und unbüro-
kratische Hilfe der Opfer des Erdbebens in der Türkei und
Syrien einzusetzen. Wir begrüßen, dass die Innenverwal-
tung unmittelbar nach dem Erdbeben eine Globalzustim-
mung für den Familiennachzug erteilt hat, um die Verfah-
ren zu vereinfachen und zu beschleunigen.

Es sollen alle Möglichkeiten genutzt werden, das vom
Auswärtigen Amt eingerichtete beschleunigte Visumsver-
fahren zu erleichtern und Familienangehörigen von Ber-
liner:innen aus den Erbebengebieten in der Türkei und
Syrien die Einreise und den Aufenthalt zu ermöglichen.
Berliner:innen, die ihre vom Erdbeben betroffenen Ver-
wandten aufnehmen wollen, sollen dazu schnell und un-
bürokratisch beim LEA Verpflichtungserklärungen abge-
ben können. Mehrere Familienangehörige, auch über ei-
nen Haushalt hinaus, sollen gemeinsame Verpflichtungs-
erklärungen abgeben können.

Von der Regelerteilungsvoraussetzung der Sicherung des
Lebensunterhalts soll im Hinblick auf die akute Notlage im
Erdbebengebiet bei der Visumserteilung großzügig abge-
sehen werden. Die sozialdemokratischen Mitglieder des
Senats sollen sich darüber hinaus dafür einsetzen, die er-
teilten Visa aus humanitären Gründen zu verlängern und
sich für eine Ausweitung des bestehenden Landesaufnah-
meprogramms für Familienangehörige aus Syrien für die
Angehörigen im betroffenen Erdbebengebiet in der Tür-
kei und in Syrien einzusetzen, um insbesondere vulnera-
ble Personen aus dem Erdbebengebiet aufzunehmen. Das
Land Berlin sorgt für angemessene psychologische und
sonstige Unterstützung sowie eine Basis Gesundheitsver-
sorgung der Betroffenen.

Auf Arbeitsverbote soll verzichtet werden.